

Der Regulierungsdschungel 2026

Schweizer Finanzdienstleister bewegen sich zwischen **Professionalisierung** und steigenden Anforderungen.

WILMA FASOLA

Der Schweizer Finanzplatz steht unter regulatorischem Druck. Seit dem Credit-Suisse-Kollaps wird intensiv über schärfere Regeln debattiert. Fabian Schmid, Leiter des Geschäftsbereichs Regulatory & Compliance Financial Services bei Grant Thornton, betont jedoch, dass die Akteure nicht über einen Kamm geschoren werden dürfen: «Bei den grossen, international ausgerichteten Instituten stehen die Sorgen mit Blick auf eine allzu strenge «Too big to fail»-Regulierung und die damit zusammenhängenden Verschärfungen sowie der Erhalt der internationalen An-

Regulierung bedingt vor allem eine saubere Dokumentation.

schlussfähigkeit im Vordergrund.» Sie fürchten Wettbewerbsnachteile im globalen Vergleich. Ganz anders sieht es abseits des Rampenlichts aus: «Bei kleineren, lokal ausgerichteten Instituten dominieren hingegen die steigenden Aufsichtskosten und die zunehmend höheren Anforderungen des Regulators den Alltag.» Jede neue Richtlinie kann sich hier negativ auf die Existenz auswirken.

Professionalisierung mit hohem Preis

Ein zentraler Meilenstein der letzten Jahre war die Einführung der Gesetze Finig und Fidleg. Die Absicht des Gesetzgebers war klar: den Anlegerschutz stärken und den Sektor der unabhängigen Vermögensverwalter auf ein neues Fundament stellen. Hat das die Branche professionalisiert oder geschädigt? Schmid zieht eine differenzierte Bilanz: «Finig und Fidleg haben die Branche klar professionalisiert, auch wenn diese Entwicklung für viele Institute mit erheblichen Herausforderungen verbunden

war.» Die Gesetze haben einheitliche Mindeststandards etabliert und die Aufsicht massiv ausgeweitet. «Gleichzeitig waren zahlreiche Marktteilnehmer gezwungen, erstmals strukturierte Governance-, Risk- und Compliance-Funktionen und saubere Dokumentationsprozesse aufzubauen.» Dieser Sprung nach vorne hatte jedoch seinen Preis: Die Strukturkosten sind klar gestiegen, was vor allem kleinere Anbieter unter Druck setzte. Das Resultat sei eine gewisse Konsolidierung im Markt, «wenn auch in deutlich geringerem Ausmass als von vielen befürchtet», hält Schmid fest.

Outsourcing als Chance und Risiko

Eigentlich gilt in der Schweizer Regulierung die Verhältnismässigkeit. Doch die Praxis weicht ab: «Konzeptionell verfolgt die Finma einen klar risikobasierten und verhältnismässigen Ansatz in der Aufsicht», so Schmid. «In der praktischen Umsetzung entsteht jedoch bei kleineren Instituten häufig der Eindruck, dass

sie faktisch ähnliche Anforderungen erfüllen müssen wie deutlich grössere Marktteilnehmer.» Zunehmend höhere Mindeststandards machen Erleichterungen oft direkt wieder zunichte. Kleine Häuser entscheiden sich daher häufig für ein Outsourcing von Risk- und Compliance-Aufgaben. Spezialthemen wie Geldwäschereibekämpfung oder IT-Risiken lassen sich intern kaum mehr stemmen. Schmid warnt vor einem Trugschluss: «Zugleich bleibt klar, dass die regulatorische Verantwortung nicht delegierbar ist. Auch bei ausgelagerten Funktionen müssen Steuerung, Überwachung und Gesamtverantwortung zwingend im Institut selbst verbleiben.»

Ein aktuelles Minenfeld sind Actively Managed Certificates (AMC), die ein Finanzinstitut selbst verwaltet und gleichzeitig bei den eigenen Kunden einsetzt. Die Finma hat dazu soeben die neue Aufsichtsmitteilung 03/2026 publiziert. Schmid zeigt die Gefahren auf: «Im Vordergrund stehen potenzielle Interessenkonflikte und die Gefahr von nicht offengelegten doppelten Gebührenbelastungen, wenn die vom Institut verwalteten AMC bei den eigenen Anlageberatungs- oder Vermögensverwaltungsmandaten eingesetzt werden.» Hinzu kommen Liquiditäts- und Geldwäschereirisiken. Zudem droht mit dem «Senior Manager Regime» die persönliche Haftung. «Ziel eines solchen Regimes wäre, individuelle Verantwortlichkeiten klar zuzuordnen, Entscheidungsprozesse besser nachvollziehbar zu machen und die persönliche Rechenschaftspflicht zu stärken.» Das sei regulatorisch sinnvoll, erfordert laut Schmid aber eine «sorgfältige Abstimmung mit der bestehenden Schweizer Governance-Kultur».

Enforcement-Höchststand und KI-Pragmatismus

Dass diese Debatten keine Theorie sind, zeigt die verschärfte Aufsichtspraxis der Finma. Schmid bestätigt das veränderte Klima: «In der Wahrnehmung vieler Marktteilnehmer hat sich die Aufsichtstätigkeit der Finma in den letzten Jahren intensiviert.» Der Finma-Jahresbericht 2025 untermauert dies: Mit 55 abgeschlossenen Enforcementverfahren wurde ein Höchststand erreicht. Die Behörde greift härter durch, erhöht Vor-Ort-Kontrollen und toleriert Schwachstellen im Risikomanagement immer weniger. Einen Lichtblick aus Sicht der Finanzbranche bringt der Schweizer Umgang mit KI. Während die EU auf ein detailliertes Regelwerk setzt, wählt Bern einen anderen Weg. «Die EU ist international zwar führend im Bereich der Regulierung der KI, in deren Entwicklung und Nutzung hinkt die EU aber den USA oder China deutlich hinterher», bilanziert Schmid. Die Finma setzt bisher bewusst auf einen technologieneutralen Ansatz. «Dieser Ansatz ist weniger Ausdruck von Rückstand als vielmehr von Vorsicht und pragmatischer Abwägung.»

Am Ende entscheidet das Augenmass. Schmid: «Aus juristischer Optik wäre es wünschenswert, dass die Schweiz auch künftig an ihrer prinzipienbasierten und technologieneutralen Regulierung festhält, verbunden mit einem effizienteren Ressourceneinsatz.» Der Fokus muss auf den effektiven Risiken liegen, damit risikoarme Anbieter ihre Tätigkeit mit vertretbarem Aufwand ausüben können.



«Die Verantwortung ist nicht delegierbar.»

Fabian Schmid
Leiter Regulatory & Compliance
Financial Services
bei Grant Thornton